

Schwerpunkt Erster Sitzungstag im September-Landtag

Die Chancen für ausgeweitete Prämienverbilligung stehen gut

Im Doppelpack Der Landtag trat gleich auf zwei Initiativen zur Ausweitung der Prämienverbilligung ein - aber nicht, ohne den Initianten noch Änderungswünsche mitzugeben.

VON DANIELA FRITZ

Gleich zwei Initiativen zur Ausweitung der Prämienverbilligung hatten die Abgeordneten am Mittwoch auf dem Tisch. Sowohl jene des parteifreien Johannes Kaiser als auch jene der VU sehen vor, die Einkommensgrenzen zu erhöhen - wenn auch diese unterschiedlich weit gehen und somit unterschiedliche Mehrkosten mit sich ziehen würden. Der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler begrüßte es, dass gezielte Massnahmen getroffen werden, anstatt wie bei der Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags im Juni-Landtag das Giesskannenprinzip anzuwenden. Es wäre aber ratsam gewesen, sich etwas mehr Zeit zu lassen, spielte er auf zwei Punkte an, die nicht nur ihm in der Vorlage noch fehlten: «Von aussen betrachtet hatte man den Eindruck eines Wettbewerbs unter den Initianten.»

Keine festen Einkommensgrenzen

So schlug bereits Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini vor, die Einkommensgrenzen nicht stufenweise, sondern stetig zu gestalten. So werde vermieden, dass schon ein Franken über der Grenze einen Verlust von mehreren Tausend Franken an Subventionen bedeuten könnte. «Arbeit muss sich lohnen», sprach sich auch Herbert Elkuch (NF) für ein solches Modell aus.

Sowohl Kaiser als auch die VU zeigten sich für diese Änderung offen, auch wenn diese schon bei der heuti-

Kostenfolgen der verschiedenen Varianten

Finanzielle Auswirkungen der Initiativen (in Mio. Franken)

	Heutige Nutzungsquote (38 Prozent)		Angenommene Nutzungsquote von 54 Prozent	
	Kosten	Mehrkosten	Kosten	Mehrkosten
Heutige Regelung	5,6	-	8,0	2,4
VU-Initiative	8,1	2,5	11,5	5,9
VU-Initiative mit Verstetigung	9,1	3,5	12,9	7,3
Kaisers Initiative	11,3	5,7	16	10,4
Kaisers Initiative mit Verstetigung	12,2	6,6	17,3	11,7



Quelle: Gesellschaftsministerium
Fotos: Michael Zanghellini



gen Nutzungsquote - zwei Drittel der Anspruchsberechtigten beziehen keine Prämienverbilligung - entsprechende Mehrkosten mit sich zieht. Die VU geht allerdings davon aus, dass die Nutzungsquote auf 54 Prozent steigt - durch entsprechende Bewerbung. Sie stellt sich hier eine Beilage in der Steuererklärung vor, welche Anspruchsberechtigte informiert. «Die Mehrkosten wären sozialpolitisch sinnvoll und finanzpolitisch verantwortbar», warb VU-Fraktionssprecher Günter Vogt für seine Initiative. Zu weit ginge ihm dagegen das Konkurrenzmodell, welches noch eine grössere Ausweitung der Prämienverbilligungen vorsieht. Johannes Kaiser wiederum könnte sich dafür vorstellen, einen Rückkommensantrag zu stellen, um die im Juni-Landtag zusätzlich genehmigten vier Millionen Franken für den OKP-Staatsbeitrag in die Prämienverbilligung zu stecken und die Betroffenen gezielter zu unterstützen. Damit

würden aber die laufenden Kosten erhöht, warnte wiederum Vogt. Über den OKP-Staatsbeitrag wird dagegen jährlich befunden.

Junge Erwachsene gleich behandeln

Zum Zweiten beharrte Elfried Hasler darauf, junge Erwachsene gleich zu behandeln. So werde heute bei 20- bis 24-jährigen Studenten mit abgeschlossener Lehre und BMS-Matura das eigene Einkommen zur Berechnung einer allfälligen Prämienverbilligung herangezogen, während bei den anderen Studenten das Einkommen der Eltern zählt. Auch hier zeigte sich die VU bereit, dies für die zweite Lesung umzusetzen. Kaiser hingegen unterstützte das Vorhaben zwar, möchte es aber nicht in die gegenständliche Vorlage aufnehmen. Dennoch konnte Kaiser eine knappe Mehrheit des Landtags für Eintreten auf seine Initiative überzeugen, der VU-Vorstoss holte 22 Stimmen. Nicht überzeugen konnten die Initi-

anten allerdings die «Unabhängigen». Der stellvertretende Abgeordnete Ado Vogt fürchtete, dass dadurch die Bereitschaft zur Solidarität in der Bevölkerung sinkt, wenn weniger Versicherte effektiv eine Prämie bezahlen müssen. Harry Quaderer verwies auf die während der Debatte zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes oft geforderte Eigenverantwortung: «Was machen wir heute? Genau das Gegenteil.» Die Einnahmensituation des Staates könne sich schnell ändern, vielmehr sollte darauf geachtet werden, dass weniger Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Johannes Kaiser glaubt allerdings nicht, dass die Eigenverantwortung leiden wird: «Die Erwerbsgrenzen sind relativ tief. Da kann man keine grossen Sprünge machen, sondern muss immer noch sehr verantwortungsvoll mit seinem Geld umgehen.»

Prämienverbilligung

Status quo und die beiden Initiativen

Derzeitige Erwerbsgrenzen

Heute können Personen mit einem Erwerb bis zu 45 000 Franken einen Antrag auf Prämienverbilligung stellen, ihnen wird dann 40 Prozent der Prämie und 30 Prozent der Kostenbeteiligung im Nachhinein erstattet. Verdient eine Einzelperson nur bis zu 30 000 Franken, erhöhen sich diese Sätze auf 60 Prozent der Prämie beziehungsweise 40 Prozent der Kostenbeteiligung. Bei Ehegatten liegen die Erwerbsgrenzen um 12 000 Franken höher.

Ursprüngliche Initiative von Johannes Kaiser

Der parteifreie Johannes Kaiser schlägt vor, dass Einzelpersonen mit einem Erwerb bis 40 000 Franken 80 Prozent der Prämie und 40 Prozent der Kostenbeteiligung ersetzt werden sollen, bis zu einem Erwerb von 55 000 Franken 60 Prozent der Prämien bzw. 30 Prozent der Kostenbeteiligung und bei einem Erwerb von bis zu 65 000 Franken immerhin noch 40 Prozent der Prämien und 20 Prozent der Kostenbeteiligung. Bei Ehegatten erhöhen sich die Erwerbsgrenzen um 12 000 Franken.

Ursprüngliche Initiative der VU

Die VU sieht nicht ganz so hohe Erwerbsgrenzen vor: Bis zu 35 000 Franken sollen je 60 Prozent der Prämien und der Kostenbeteiligung ersetzt werden, bis 55 000 Franken je 40 Prozent. Bei Ehegatten erhöhen sich die Erwerbsgrenzen um 40 Prozent.

Verstetigung

Beide Seiten erklärten sich einverstanden, für die zweite Lesung eine Verstetigung einzubauen. Dies bedeutet, dass nicht fixe Einkommensgrenzen für die Höhe von Prämienverbilligung entscheidend sind, sondern dies linear gestaltet wird. Bis zu einem gewissen Erwerb wird die Prämienverbilligung nach einem bestimmten Prozentsatz berechnet. Beide Initiativen beliehen diese Grenze wie im ursprünglichen Vorschlag. Alles, was darüber liegt, soll in der neuen Variante linear im Verhältnis zum Erwerb berechnet werden - bis der untere Subventionsatz erreicht ist. In beiden Initiativen soll der untere Subventionsatz auf 25 Prozent festgelegt werden. Die oberen Erwerbsgrenzen liegen bei 77 000 Franken (Paarhaushalte) und 64 000 (VU-Variante für Einzelpersonen) beziehungsweise 65 000 Franken (Kaisers Variante für Einzelpersonen). Ab dieser Höhe ist dann keine Prämienverbilligung mehr vorgesehen. (df)

Kleine Gruppe demonstriert für mehr Anstand in der Politik

Protest Einige wenige Abgeordnete wagten sich gestern vor das Landtagsgebäude, um sich der Diskussion mit den Demonstranten der Bewegung für politischen Anstand zu stellen.

VON DANIELA FRITZ

Wenn man in die Tiefgarage fährt, kommt man bequem per Lift direkt ins Innere des Landtagsgebäudes. Einen Weg, den viele Abgeordnete vor Beginn der September-Sitzung wählten. Draussen warteten indes knapp 20 Mitglieder der kürzlich gegründeten Bewegung für politischen Anstand. Sie forderten einen anständigeren Umgang in der Politik und eine Aufarbeitung - vor allem des Sonderlandtags im Juli, an dem die ehemalige Regierungsrätin Aurelia Frick nach mehreren Stunden abgesetzt wurde. Mit vor dem Landtagsgebäude platzierten heruntergelassenen Hosen, schweineförmigen Ballons und Plakaten - auch vor der Tiefgarage - machten sie auf ihr Anliegen aufmerksam. «Wer schweigt, stimmt zu», «Im Minimum ... a Entschuldigung», «Hosen runter ... ist unter aller Sau», «Stimme nur für Anstand» und «Danke für Anstand und Respekt» waren da zu lesen.

Einige Abgeordnete, darunter Georg Kaufmann (FL), FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry, die VU-Abgeordneten Gunilla Marxer-Kranz, Manfred Kaufmann und VU-Fraktionssprecher Günter Vogt sowie der Vor-

sitzende der Geschäftsprüfungskommission (GPK) Thomas Rehak von der Neuen Fraktion, nahmen sich kurz Zeit, um mit den Demonstranten zu sprechen. «Ich gehe heute mit keinem guten Gefühl in den Landtag», meinte etwa Georg Kaufmann. Daniel Oehry fand die Aktion gut. Parteiintern sei der Sonderlandtag auch nochmals reflektiert worden. Aus den Ereignissen habe er gelernt, «manchmal einen Tag darüber schlafen und erst am nächsten Tag reagieren. Aber es muss jeder selbst seine Schlüsse ziehen.»

Rehak verteidigte das Vorgehen: «Es war ein schwieriger Prozess, aber er musste geführt werden.» Es sei aber kein Schauprozess gewesen, sondern das normale politische Vorgehen in einem solchen Fall. Dem Sonderlandtag sei eine längere Zeit vorgegangen, in der die Fehler hätten aufgelöst werden können. Dies sei aber nicht passiert. «Ich hätte lieber einen anderen Ausgang gehabt», so Rehak. Aber er würde wieder so handeln. Anstand sei etwas Subjektives, man dürfe nicht pauschalisieren, sondern müsste konkrete Verfehlungen darlegen. Auch Gunilla Marxer-Kranz warnte davor, alle Abgeordneten in den glei-

chen Topf zu werfen. Der Sonderlandtag sei auch eine besondere Situation für sie gewesen: «Ich habe nicht das Gefühl, etwas falsch gemacht zu haben.»

Politiker hätten Vorbildfunktion

«Jeder Einzelne soll Verantwortung übernehmen und vor allem Grenzen ziehen, wenn etwas aus dem Ruder läuft. Auch wenn man selbst keine Beleidigung ausgesprochen hat», fordert Manuela Haldner-Schierscher, eine der Demonstrantinnen. Der Umgang mit anderen sei ein gesellschaftliches Thema und es habe durchaus Signalwirkung, wenn sich Politiker so verhalten würden. «Nehmt eure Verantwortung als Vorbilder wahr», wollte sie den Abgeordneten mitgeben. Stellvertretend auch für andere, die sich aus Angst vor beruflichen Nachteilen nicht auf den Peter-Kaiser-Platz getraut hätten.

Um 9 Uhr schliesslich ging die Landtagsitzung los, die Demonstranten packten wieder ein. Markus Büchel von der Bewegung für Politischen Anstand zeigte sich auf «Volksblatt»-Anfrage zufrieden. Es habe ihn gefreut, dass ein paar Leute auf den Peter-Kaiser-Platz gefunden und sich



Zwischen 15 und 20 Personen, Pressevertreter und einige Landtagsabgeordnete diskutierten vor dem Landtagsgebäude über mehr Anstand. (Fotos: Zanghellini)

auch ein paar Abgeordnete nach draussen getraut hätten. Die Gespräche seien gut verlaufen, die Abgeordneten hätten sich offen für die Anliegen der Bewegung gezeigt - auch wenn manche mehr, manche weniger einsichtig gewesen seien. «Bei allen hat unsere Anwesenheit

aber zumindest etwas ausgelöst», so Büchel. Lockerlassen wollen die Unterstützer der Bewegung jedenfalls noch lange nicht.

Statements, mehr Bilder und Videos finden Sie auf volksblatt.li. Alternativ können Sie mit der kostenlosen App X-Tend auch das Bild mit dem blauen AR-Marker scannen.